

Nun habe ich in den ersten Beiträgen hier jetzt vier Termine gehört, also den der DSU für heute - die DSU beantragt ja immer für den gerade laufenden Tag,

(Heiterkeit bei PDS und SPD)

also ist er heute für heute -, den der SPD für den 15.9., den im schriftlichen Antrag der CDU/DA für den 14.10. und, wenn ich Herrn Staatssekretär Krause richtig verstanden habe, jetzt für den 3.10.

Nun frage ich mal im Ernst: Welche Bürgerin und welcher Bürger dieses Landes soll das eigentlich nachvollziehen und noch verstehen, was hier diesbezüglich passiert?

(Beifall bei PDS und F.D.P.)

Und ich frage mich auch nach dem Sinn solcher Besprechungen beim Ministerpräsidenten, wenn sich anschließend niemand daran hält.

(Beifall bei PDS und DBD/DFD)

Oder? Das war doch ein vernünftiger Konsens. Er hat sogar Streitpunkte, daß es unterschiedliche Auffassungen zum 14. gab oder zu anderen Terminen, ausklammern können, weil wir gesagt haben, wir sagen den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, die Volkskammer wird bis zum 9. Oktober 1990 die Arbeit leisten, für die sie gewählt worden ist, nämlich in den Sachfragen Klarheit zu schaffen,

(Beifall bei PDS)

und am 9.10. entscheiden wir über den Beitritt mit unterschiedlichen Argumenten, und jeder kann dort würdevoll, so hatten wir das auch besprochen, die Argumentation vortragen.

Nun stelle ich fest, wir sind trotzdem letztlich kein Stück weiter gekommen, und nun muß ich noch ein paar Argumente hinzufügen. Es gibt einen Beschluß der Volkskammer. Wie ernst nehmen wir uns denn eigentlich selbst? Mit Mehrheit beschlossen. Er ging auf einen Antrag der DSU zum sofortigen Beitritt zurück.

Der Antrag wurde abgelehnt, und dann hieß es weiter:

„Vor dem Beitritt sollen folgende Voraussetzungen erfüllt sein: Erstens: Ratifizierung eines Einigungsvertrages zwischen der DDR und der BRD, nicht Ratifizierung eines Einigungsvertrages oder irgendwas anders, Ratifizierung eines Einigungsvertrages stand da drin, ist von der Mehrheit dieses Hauses beschlossen worden. Zweitens: Sicherung der äußeren Aspekte der Einigung in den 2-plus-4-Gesprächen. Drittens: Bildung der Länder.“

Ende des Beschlusses der Volkskammer. Wir haben uns selbst Bedingungen gesetzt.

Und dann frage ich mal noch was. Diese vielen Daten, die hier jetzt von allen so beklagt werden, wer hat die denn in die Welt gesetzt? Die Bürgerinnen und Bürger der DDR? Die Bürgerinnen und Bürger der BRD? Oder waren das nicht vielmehr die politischen Parteien, und wenn ja, aus welchen Motiven heraus?

(Beifall bei PDS und einzeln bei Bündnis 90/Grüne)

Und ich muß ehrlich sagen, ich kann diese Motive auch nicht mehr nachvollziehen. Es ist doch überdeutlich. Da gibt es eben eine Partei, die möchte gerne zeigen, daß die Kohl-Regierung es auch nicht besser kann als die de-Maijere-Regierung und daß man deshalb eine bestimmte Partei am 2. Dezember nicht wählen kann, und da gibt es eine andere Partei, die möchte gerne das Gegenteil beweisen. Für all das habe ich ein gewisses Maß an Verständnis. Aber das Verständnis geht nicht so weit, daß ich sage, wir können hier auf Kosten der Sachprobleme der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes diese Debatte so weiter führen, wie sie in den vergangenen Tagen und Wochen geführt worden ist.

Und ich sage noch einmal, wenn wir z. B. in der vergangenen Sondersitzung einige Sachanträge wenigstens zusätzlich bearbeitet hätten, damit die Bürgerinnen und Bürger sehen, wir befassen uns nicht nur mit Wahlrecht und nicht nur mit Beitritts-terminen, sondern auch noch mit den Sachfragen, die sie wirklich bewegen, dann wäre das Ansehen des Hauses nicht so geschädigt worden, wie das gegenwärtig der Fall ist.

(Beifall)

Und jetzt lassen Sie mich noch einige Aspekte nennen, die ich für sehr bedeutsam halte, z. B. wenn man heute nun verbindlich nicht sagt, an welchem Tag wir entscheiden, sondern sagt, an welchem Tag der Beitritt erfolgt, was das eigentlich auch ein bißchen für eine anmaßende Haltung ist. Klar ist doch, es gibt immer noch Rechte der Alliierten. Klar ist auch, die sollen beendet werden. Die Souveränität Deutschlands soll in vollem Umfang hergestellt werden. Eine Bedingung der vier Siegermächte war, daß sie darüber eine vertragliche Vereinbarung mit den beiden deutschen Staaten zustande bringen wollen, und daß wir dann sozusagen in die vollständige Souveränität entlassen werden.

Und jetzt machen wir hier folgendes: jetzt schreibt die Volkskammer den vier Mächten das Datum vor. Und wenn wir sagen 3. Oktober z. B. und wenn wir das verbindlich sagen, dann sagen wir also, bis dahin habt ihr euch zu einigen, das ist der Wille der Volkskammer, anders dulden wir das nicht mehr. Da steckt eine Portion Anmaßung dahinter, die ich für gefährlich halte, scho; im Ansatz von der Überlegung her.

(Unruhe im Saal)

Was passiert denn nun zum Beispiel, wenn sich etwas verzögert? Was wir tun können und wofür es auch eine Zustimmung glaube ich der meisten Angehörigen meiner Fraktion gibt, das ist, daß wir heute den Tag festlegen, an dem das entschieden wird und daß wir bis dahin die Sachprobleme, die es in diesem Land noch zu lösen gilt, lösen, und das sind viele Probleme wirtschaftlicher, sozialer, juristischer und anderer Natur.

Und ich möchte noch auf etwas hinweisen. Wir dürfen doch nicht den falschen Eindruck zulassen, daß wir mit einem Beitritt etwa die Probleme, die wir heute nicht gelöst haben, gelöst hätten. Es geht doch nicht an, daß wir Illusionen auch noch schüren. Wir müssen doch ehrlich sein und sagen: Allein durch den Beitritt ändert sich oder löst sich in bestimmten Wirtschafts- und Sozialfragen zunächst einmal nichts.

Und dann, finde ich, muß man auch, wenn es Druck gibt - das verstehe ich, und den gibt es sehr breit, das stimmt auch - als Politiker die Verantwortung auf sich nehmen, mal etwas Unpopuläres sagen und dazu zu stehen und zu sagen, welche Folge<sup>^^</sup> wodurch eintreten würden, wenn man eine Entscheidung trifft, selbst wenn sie im Augenblick aus irgendwelchen Motiven gewünscht wird. Man kann als Politiker nicht immer für sich in Anspruch nehmen, nur Dinge zu sagen, die auf breiteste Zustimmung stoßen. Wahrheiten können auch unbequem sein, und auch zu ihnen muß man stehen, und dazu gehört z. B., daß diese drei Bedingungen, die hier genannt worden sind, für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, für ihre Zukunft ungeheuer wichtig sind, und zwar selbst dann, wenn das heute vielleicht nicht jeder so sieht, aber spätestens 1991 oder 1992 oder 1993 kann es für ihn große Bedeutung haben.

Wir haben die Pflicht - dafür werden wir übrigens auch nicht schlecht bezahlt -, uns Gedanken über eine bestimmte Zeit hinaus zu machen und offen diese Wahrheiten auszusprechen. Es ist doch im Augenblick so: Wir haben den Einigungsvertrag noch nicht. Mit anderen Worten: Die Ergebnisse der Bodenreform sind noch nicht gesichert; die Eigentums- und Nutzungsrechte der DDR-Bürgerinnen und -Bürger sind noch nicht gesichert; das Gleiche gilt für Mietrecht, das Gleiche gilt für bestimmte Sonderregelungen in der DDR - ich erinnere an die selbstbestimmte Schwangerschaft und Mutterschaft der Frauen, ich erinnere an viele andere Fragen, die ja mit eingebracht werden sollen in einen solchen Einigungsvertrag.

Wirtschaftliche Maßnahmen, wichtige wirtschaftliche Maß-